



Sperrfrist: Redebeginn.

Es gilt das gesprochene Wort.

## **Für die Zukunft unseres Landes.**

**Solide wirtschaften – mutig gestalten – mehr investieren.**

Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Saarlandes

Annegret Kramp-Karrenbauer

Staatskanzlei des Saarlandes

Saarbrücken, den 24. Mai 2017

Weitergabe und Veröffentlichung des Inhalts des Redeentwurfs im Gesamten oder in Teilen sowie das Anfertigen von Kopien oder Abschriften – auch in digitaler Form – sind bis zum Ablauf der Sperrfrist grundsätzlich untersagt. Der Redeentwurf ist bis dahin vertraulich zu behandeln und darf nur an befugte Dritte mit einem entsprechenden Hinweis weitergegeben werden.

Sehr geehrter Herr Präsident,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,  
liebe Saarländerinnen und Saarländer,

bei der Landtagswahl am 26. März haben über 70 Prozent der Wählerinnen und Wähler und fast 50 Prozent aller Wahlberechtigten den Koalitionsparteien der vergangenen Wahlperiode ihre Stimme gegeben. Das waren in Bezug auf die Wählerinnen und Wähler rund fünf Prozent und in Bezug auf die Wahlberechtigten rund zehn Prozent mehr als im Jahr 2012. Von daher können wir feststellen:

- Diese Wahl war ein klares Votum für den Erfolg der bisherigen Regierung und für die Fortsetzung der Großen Koalition im Saarland.
- Sie war ein klares Votum für die Fortsetzung einer Politik der Vernunft.
- Und sie war gleichzeitig ein Votum für den Einstieg in das Jahrzehnt der Zukunftsgestaltung und der Investitionen.

In den vergangenen Jahren war die Politik der konsequenten Haushaltssanierung nicht immer einfach. Weder für uns als Regierung, die harte Entscheidungen treffen musste, noch für die Bürgerinnen und Bürger, die von diesen Entscheidungen betroffen waren. Aber wir haben stets gesagt, was unser Ziel ist, wie wir dies konkret mit vielen Akteuren erreichen wollen. Es ging um nichts Geringeres als um die Eigenständigkeit unseres Landes und um die Schaffung von Gestaltungsspielraum für die Zeit nach 2020.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf angesichts des erfolgreich verlaufenden Sanierungskurses und der Einigung im Bund-Länder-Finanzausgleich sagen: Wir – die Große Koalition – haben Wort gehalten!

Damit zeigt sich: Auch in Zeiten tiefgreifender Umbrüche und wachsender Verunsicherungen kann eine seriöse Politik der politischen und ökonomischen Vernunft von den Wählerinnen und Wählern honoriert werden. Dies vor allem dann, wenn eine Regierung um Offenheit, Transparenz und Ehrlichkeit bemüht ist, so wie wir es in den vergangenen fünf Jahren praktiziert haben. Wir fühlen uns damit bestärkt, diesen unseren Saarländischen Weg fortzusetzen.

Dazu gehört auch eine streitbare Opposition in einem lebhaften Parlament. Ich wünsche mir eine Opposition, die mit uns engagiert und leidenschaftlich um die richtigen Entscheidungen ringt. Denn auf diese Art kann auch eine parlamentarische Opposition die Qualität der Regierungsarbeit ebenso wie das Niveau der Debattenkultur im Landtag mitbestimmen.

Und genau wie vor fünf Jahren sage ich Ihnen an dieser Stelle zu: Die Regierungskoalition wird mit ihrer mehr als Zwei-Drittel-Mehrheit verantwortungsvoll umgehen und allen Mitgliedern dieses Hauses mit Fairness und Anstand begegnen. Dies gebietet allein schon der Respekt vor allen Wählerinnen und Wählern, für die wir als Regierung ausnahmslos die Verantwortung übernommen haben.

## **1.**

Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, in der Regierungserklärung nach der Landtagswahl 2012 habe ich die wesentlichen Ziele und Vorhaben der damaligen Landesregierung dem Landtag vorgestellt. Ich nannte damals als Hauptpunkte die Sanierung des Landeshaushaltes mit dem sukzessiven Abbau des jährlichen Haushaltsdefizits, den Umbau der Landesverwaltung in enger Partnerschaft mit den Gewerkschaften, das Ziel erfolgreicher Verhandlungen bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen, den Ausbau der Forschungslandschaft und die Finanzierung der Hochschulen und schließlich die Ertüchtigung unserer Saarländischen Wirtschaft für den Eintritt ins digitale Zeitalter.

Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass es damals Stimmen hier im Hause gab, die sicher prognostizierten – ich zitiere – , „dass in Ihrer Regierung erhebliche Konstruktionsfehler eingebaut sind und dass Sie mit Sicherheit – das können Sie in fünf Jahren zitieren – die zentralen Ziele Ihrer Regierungsarbeit verfehlen werden.“

Ich komme dem damals geäußerten Wunsch des Kollegen Lafontaine gerne nach und kann festhalten, dass wir entgegen seiner Prognosen die zentralen Ziele von damals erreicht haben.

- Wir haben das Kernvorhaben, die Sanierung des Landeshaushaltes, von dem besagter Redner behauptete, wir würden dies „mit absoluter Sicherheit“ verfehlen, erfolgreich umgesetzt, so wie es der Sanierungspfad vorsieht.

- Wir haben, und zwar ganz ohne Vermögenssteuer, die Neuverschuldung seit 2012 um 78 Prozent abgebaut, indem wir pro Jahr Konsolidierungsbeiträge von mehr als 65 Millionen Euro realisiert haben.
- Wir haben als Landesregierung einen wesentlichen Beitrag zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen geleistet mit einem außerordentlich positiven Ergebnis für unser Land.
- Wir haben in Abstimmung mit den Hochschulen deren Finanzierung auf solide Grundlagen gestellt. Und wir haben unsere Forschungslandschaft deutlich ausgebaut und ihr Profil erkennbar geschärft. Ich nenne nur das CISPA, das nun das neue Helmholtz-Zentrum für IT-Sicherheit wird.
- Wir blicken heute auf eine leistungsstarke Saarländische Wirtschaft mit einem Höchststand an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

All dies haben wir geschafft trotz eines nicht vorhersehbaren Zustroms an Flüchtlingen, der große Teile unserer Gesellschaft, der ehrenamtliche Helferinnen und Helfer und der die Verwaltungen in den Kommunen und des Landes bis aufs Äußerste forderte, den wir aber wie kaum ein anderes Bundesland in herausragender Weise bewältigt haben.

## **2.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit den Leistungen der vergangenen Legislaturperiode haben wir eine solide Grundlage gelegt für die Arbeit der kommenden Jahre. Für die Zukunft unseres Landes werden wir weiterhin solide wirtschaften. Wir werden mutig gestalten und wieder mehr investieren.

Die erste Hälfte dieser Legislaturperiode wird den Abschluss unseres Konsolidierungsjahrzehnts beschreiben. Bevor wir das Ziel eines nachhaltigen Haushalts erreichen, liegen mit 2018 und 2019 noch zwei schwierige Jahre vor uns. Dazu ist es zwingend erforderlich, dass die Landesregierung an dem eingeschlagenen Konsolidierungskurs festhält und die Haushaltsstrukturen weiter verbessert. Die bisherigen Beschlüsse stehen deswegen grundsätzlich nicht zur Debatte. Gleichzeitig haben wir aber im Rahmen der Koalitionsverhandlungen festgestellt, wo es Anpassungsbedarf gibt.

Dies gilt insbesondere für den Umfang des Personalabbaus. Wir dürfen heute feststellen, dass sich der Bevölkerungsrückgang im Saarland zumindest verlangsamt hat. Infolgedessen ist der Personalbedarf in manchen Bereichen weniger stark gesunken, als vor fünf Jahren prognostiziert. Ich spreche insbesondere den Bildungsbereich an. Außerdem sind neue Aufgaben hinzugekommen. So sind etwa die Anforderungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit stark gestiegen. Ich erinnere außerdem an das Bundesteilhabegesetz, das wir auch im Saarland umsetzen werden. Und wir stellen schließlich fest, dass wir uns auf die „Investitionsoffensive Saar“ auch personell vorbereiten müssen. Damit wollen wir die Investitionsausgaben ab dem Jahr 2020 deutlich anheben, um etwa 50 Millionen Euro allein von 2019 auf 2020. Dies ist der Start für die „Investitionsoffensive Saar“ mit rund einer Milliarde Euro zusätzlich von 2020 bis 2030. Dazu fassen wir Zuständigkeiten im neuen Innen- und Bauministerium zusammen, damit durch reibungslose Abläufe schnell sichtbare Ergebnisse erzielt werden. Die Personalisierung werden wir in verschiedenen Bereichen anpassen. Dies gilt ausdrücklich für die Bereiche Hochbau, Straßenbau, Planungs- und Genehmigungsbehörden sowie die Städtebauförderung.

In der Summe bedeutet dies, dass wir den ursprünglich geplanten Personalabbau von 2.400 Stellen aus heutiger Sicht um rund 400 Stellen absenken und auf 2.000 festlegen. Dabei behalten wir uns vor, auch in den kommenden Jahren angemessen und mit Augenmaß auf unerwartete Entwicklungen zu reagieren. Wir werden auch mit dem aktualisierten Einsparziel darauf hinwirken, dass die Personaldichte im öffentlichen Dienst im Saarland nicht über dem Durchschnitt vergleichbarer westdeutscher Flächenländer liegt. Diese Aufgabe kann aber nicht allein das Land lösen, auch die Kommunen müssen ihren Beitrag dazu leisten.

Ebenso bleibt die Stärkung der Einnahmeseite für uns auf der Agenda. Insbesondere muss der Staat die ihm zustehenden Steuereinnahmen auch realisieren können. Wir werden deswegen alle geeigneten Maßnahmen der Steuerpolitik unterstützen, mit denen Steuerhinterziehung bekämpft und problematische Steuervermeidungsstrategien begrenzt werden.

Es versteht sich von selbst, dass wir weiterhin an der Optimierung von Verwaltungsstrukturen arbeiten und Aufgabenkritik betreiben werden. Es ist und bleibt eine wichtige Aufgabe, in der gesamten Landesverwaltung unnötige bürokratische

Hürden abzubauen und durch Digitalisierung in geeigneten Bereichen Potenziale zur Effizienzsteigerung zu erschließen.

All dies werden wir noch in diesem Jahr in das Sanierungsprogramm einarbeiten, das wir mit dem Stabilitätsrat voraussichtlich bis 2020 verlängern werden.

Bis 2019 werden wir außerdem die Ausgestaltung der Schuldenbremse in Landesrecht umsetzen. Die verfassungsrechtliche Grundlage ergibt sich aus Art. 109 Abs. 3 GG. Diese Grundgesetzvorgabe, wonach die Länder ab dem Jahr 2020 grundsätzlich keine neuen Schulden mehr aufnehmen dürfen, gilt unmittelbar auch im Saarland. Das Grundgesetz lässt aber landesrechtliche Konkretisierungen zu. Diese betreffen etwa die Konjunkturbereinigung und das Vorgehen in Notsituationen.

Auch wenn wir mit der Umsetzung des Koalitionsvertrages natürlich schon jetzt beginnen, wird die zweite Hälfte der Legislaturperiode den Einstieg in das Gestaltungsjahrzehnt ab 2020 beschreiben. Von da an können wir mit zusätzlichen Einnahmen von 500 Millionen Euro jährlich, darunter die Sanierungshilfen von 400 Millionen Euro pro Jahr, rechnen. Dieser Betrag ist unabdingbar, damit wir erstens trotz der bestehenden Altlasten die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten und eine Neuverschuldung vermeiden können. Wir werden zweitens in den notwendigen Schuldenabbau einsteigen, im Jahresdurchschnitt mindestens 80 Millionen Euro pro Jahr. Und vor allem werden wir, drittens, aus heutiger Sicht in einer Größenordnung von durchschnittlich 100 Millionen Euro pro Jahr die richtigen Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft unseres Landes ergreifen können.

Denn unser Ziel ist und bleibt es, die Abhängigkeit des Saarlandes von besonderen bundesstaatlichen Hilfen allmählich zu reduzieren.

### **3.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir von einem Gestaltungsjahrzehnt sprechen, dann erwarten die Menschen im Land von uns mehr als die Nennung von Zahlen und Millionenbeträgen und mehr als nur Schlagworte wie Straßen- und Gebäudesanierungen, Wirtschaftsförderung, Forschung und Entwicklung. Sie erwarten von uns, dass wir klar machen und ein genaues Bild davon zeichnen, wie wir uns das Saarland am Ende des kommenden Jahrzehnts vorstellen. Und das trotz oder vielleicht auch gerade wegen vieler offener Fragen und Unwägbarkeiten.

Wohin führt uns die digitale Revolution? Wir wissen: Strukturelle Wandlungsprozesse von vergleichbarer Dimension blieben in der Vergangenheit nie ohne tiefgreifende Umwälzungen. Das muss man uns Saarländerinnen und Saarländern eigentlich nicht erzählen. Seit den sechziger Jahren haben wir es am eigenen Leib erfahren. Heute haben wir den Strukturwandel weg vom Montanrevier hin zur modernen Industrieregion bewältigt. Aber kaum, dass wir angekommen sind, gilt es erneut, wachsam zu sein und jedwede Anzeichen für neue Umwälzungen hochsensibel zu registrieren. Auf die Feststellung „Wir haben es geschafft!“ folgt ohne Punkt und Komma die Frage: „Was müssen wir weiter tun?“

Diese Frage stellen wir uns vor allem in Bezug auf die Automobilindustrie, die stärkste Säule unserer Saarindustrie. Was geschieht mit den Arbeitsplätzen, wenn sich die E-Mobilität durchsetzt? Was geschieht mit dem Handwerk und dem verarbeitenden Gewerbe, wenn individualisierte Massenproduktion per Mausclick und 3D-Drucker hergestellt wird – möglicherweise in entfernten Weltregionen? Was wird aus unserem Handel, aus unseren Einkaufszentren und unseren Innenstädten angesichts der Wachstumsraten im Onlinehandel?

Weitere Fragen stellen sich angesichts der internationalen Entwicklung. Was wird mit unserem derzeit wichtigsten Ausfuhrland Großbritannien nach dem Brexit? Drohen uns bei einem harten Brexit massive Exporteinbrüche? Was ist mit unserem zweitwichtigsten Handelspartner Frankreich?

Überhaupt haben wir allen Anlass, über die neuen protektionistischen Bestrebungen von den Vereinigten Staaten bis hin nach Europa besorgt zu sein. Als könne man auf diese Art der Globalisierung trotzen! Protektionismus wird die Weltwirtschaft auf Talfahrt führen und so auf Dauer nur Verlierer hervorbringen. Um im Zeitalter der Globalisierung zu bestehen, hilft letztlich nur eins: Nämlich ein fairer Wettbewerb, dem wir uns mit Weltoffenheit und Qualität stellen; Weltoffenheit in der Kommunikation und Qualität in der Produktion. Damit bewahren wir unseren Wohlstand und bieten künftigen Generationen Chancen.

#### **4.**

Also wie soll unser Saarland aussehen für die, die in diesem Jahrzehnt geboren werden? Stellen wir uns ein Geschwisterpaar vor, das im Jahr 2012 geboren ist. Nennen wir sie Mia und Luca – das waren 2012 die am häufigsten vergebenen Na-

men im Saarland. Sie sind heute fünf Jahre alt und werden im nächsten Jahr eingeschult. Sie werden zu der Generation gehören, die nicht mehr mit der Hypothek von ungebremst wachsenden Schulden aufwachsen wird. Damit sind sie diejenigen, die für ihre Zukunftsgestaltung mehr Spielräume haben werden. Ein Ergebnis des neuen Bund-Länder-Finanzausgleichs und die Konkretisierung dessen, was wir Generationengerechtigkeit nennen.

Die Eltern von Mia und Luca waren bis zur Geburt der Kinder voll berufstätig mit guten Durchschnittslöhnen. Um die Abzahlungen für ihr neu gebautes Haus leisten zu können, war zunächst nur ein Kind geplant. Es wurden dann aber Zwillinge, was die Familie finanziell stark belastete. Denn die beiden Kita-Plätze kosteten zusammen über 600 Euro im Monat. Ohne die beiden Jobs in Vollbeschäftigung wäre die monatliche Abzahlung für das Haus aber kaum zu leisten gewesen.

Dieses Beispiel zeigt, wie schwer es junge Durchschnittsfamilien oftmals haben, wenn sie den Weg gehen, den man gemeinhin als den idealen auffasst: Eheschließung, Eigenheim und Kinder, denen man einen guten Start in ihr Leben bieten will. Wir, die Koalitionspartner, sind uns dieses Problems sehr wohl bewusst. Daher haben wir uns entschlossen, im Rahmen unserer Möglichkeiten Abhilfe zu schaffen.

Um die Situation auf dem Immobilienmarkt ein Stück weit zu entspannen, werden wir den Wiedereinstieg in den sozialen Wohnungsbau aufnehmen und mit einem landesspezifischen Wohnraumfördergesetz den Wohnungsneu- und -umbau sowohl für Eigentümer als auch für Investoren wieder attraktiver machen. Dies wird sich dann – sozusagen vom unteren Ende her – auch auf den allgemeinen Immobilienmarkt entlastend auswirken.

Gleichzeitig haben wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben, die Gebühren für Kindertagesstätten und Kindergärten ab August 2019 schrittweise zu senken – um bis zu 25 Prozent zum Ende der Legislaturperiode. Wir wissen sehr wohl, dass wir damit noch längst nicht einen Idealzustand erreichen. Den Einstieg in eine spürbare Entlastung junger Familien haben wir dadurch aber auf jeden Fall eingeleitet.

Schauen wir uns den Lebensweg von Mia und Luca weiter an. Bei ihrer Einschulung in die Grundschule können beide Eltern dank der Ganztagsbetreuung weiter in Vollzeit beschäftigt bleiben. Wichtig ist den Eltern und den Kindern die hohe Qualität der Nachmittagsbetreuung.



Hierfür haben wir im Koalitionsvertrag nicht nur den weiteren Ausbau des gebundenen Ganztags mit einem entsprechenden Landesinvestitionsprogramm festgeschrieben, sondern auch die in den Richtlinien vorgesehenen fünf Lehrerwochenstunden pro Gruppe im Nachmittagsbereich personalisiert. Für den Fall, dass es zu Schwierigkeiten mit der Personalisierung kommt, wird den Trägern vorübergehend der finanzielle Gegenwert zur Verfügung gestellt. Zur weiteren Qualitätssteigerung werden wir im Laufe der Legislaturperiode ein neues Modell für die Nachmittagsbetreuung in einer Arbeitsgruppe entwerfen lassen und hierfür auch weitere Lehrerwochenstunden und Finanzmittel zur Verfügung stellen.

In der Schulklasse von Mia und Luca gibt es auch ein Kind mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf im Bereich Sprache, das dem gesamten Unterricht folgt, aber von einer Förderschullehrkraft besonders betreut wird. Es ist in den Klassenverband gut integriert und nimmt voll und ganz am sozialen Geschehen teil. Der Nachbarjunge Ben wird im nächsten Jahr jedoch eine Förderschule besuchen. Die Eltern hatten mit dem Einschulungsverfahren einen entsprechenden Antrag beim zuständigen Förderzentrum gestellt, das dann gegenüber der Schulaufsicht das Vorliegen der Voraussetzung für eine sonderpädagogische Unterstützung anerkannte und dementsprechend eine positive Empfehlung aussprach. Dem Elternwunsch konnte damit entsprochen werden.

Mit unserer Inklusionspolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen, verfolgen wir zum einen das Ziel, dem individuellen Kindeswohl bestmöglich gerecht zu werden. Zum anderen geht es uns darum, den Eltern die größtmögliche Entscheidungsbefugnis zu gewähren. Dort, wo die inklusive Beschulung von den Eltern gewünscht ist, wollen wir sie möglichst intensiv durch Förderlehrkräfte flankieren. Wünschen die Eltern hingegen die Einschulung in eine Förderschule, so richten sie ihren Antrag künftig nicht mehr an die Schulaufsicht, sondern an die zuständige Förderschule beziehungsweise das zuständige Förderzentrum, das dann der Schulaufsicht eine Empfehlung vorlegt. Widerspricht die Schulaufsicht nicht binnen vier Wochen, so gilt die Empfehlung des Förderzentrums. Im Streitfall muss eine Clearingsitzung durchgeführt werden. Auf diese Art sichern wir den gleichwertigen Bestand der Inklusion ins Regelschulsystem und des Förderschulsystems. Beides bleiben tragende Säulen unseres Förderwesens, Säulen, deren intensive Kooperation zugunsten einer bestmöglichen Förderung und größtmöglichen Durchlässigkeit wir forcieren werden.

Nach der Grundschule wechseln Mia und Luca auf eine weiterführende Schule. Luca wählt die Gemeinschaftsschule. Sein Talent, das hat er schon in der Grundschule gemerkt, liegt mehr auf dem praktischen Feld. Das Lernen fiel ihm weniger leicht und machte ihm weniger Spaß als Mia. Dafür hatte er aber immer große Freude am Werkunterricht, den er in einer AG der Nachmittagsbetreuung besuchte. Mia hingegen hatte den Schulstoff geradezu gierig aufgesogen. Sie geht auf ein Gymnasium mit naturwissenschaftlichem Schwerpunkt.

Das Zwei-Säulen-System aus Gemeinschaftsschule und Gymnasium werden wir beibehalten. Auf diese Art halten wir ein breites Spektrum an Bildungsangeboten bereit, bei dem wir die gezielte Talentförderung in Orientierung an den individuellen Lernvoraussetzungen und Lernprozessen in den kommenden Jahren weiterentwickeln werden. Insbesondere werden wir eine Expertenkommission einrichten, die die Gemeinschaftsschulen und die Gymnasien anhand ihrer spezifischen Bildungsziele eruiert wird. Gegenstand der Evaluation sind Fragen des Schulfriedens, der Schulzufriedenheit, des Schulzugangs, der Schulzeit – Stichwort G8/G9 –, der Inhalte und der Qualität des Unterrichts, der Gestaltung der Oberstufe und des Abiturs ebenso wie der Vergleichbarkeit und Abgrenzung zu anderen Schulformen. Mia und Luca profitieren beide vom Gesamtkonzept „Digitale Schule“, das wir für unser Bildungssystem entwickeln werden.

## **5.**

Mia und Luca haben beide das Abitur geschafft. Luca hat sich zu einer Berufsausbildung entschieden. Er weiß zwar, dass ein Hochschulstudium oftmals noch als höherwertig betrachtet wird. Er hat aber auch gemerkt, dass bereits ein Umdenken im Gange ist, zumal einerseits nach dem Meistertitel noch alle Türen für ein Hochschulstudium offenstehen, andererseits aber auch qualifizierte Fachkräfte händelnd gebraucht werden und die Selbständigkeit eine vielversprechende Perspektive bietet. Hinzu kommt, dass die Meisterausbildung mit dem Meisterbonus mittlerweile vom Saarland finanziell unterstützt wird.

Von der Grundschule an bis zum Abitur hatte er Französisch als Unterrichtsfach, so dass er die sprachlichen Voraussetzungen mitbringt, einen Teil seiner Ausbildung in Frankreich zu absolvieren. Um später gute Berufsaussichten sowohl in Deutschland als auch in Frankreich zu haben, bewirbt er sich für eine Ausbildung zum Mechatro-

niker bei der Firma Hager in Blieskastel, wo er auch Stationen seiner Ausbildung im französischen Obernai verbringen kann – und er wird angenommen. Das ist die konkrete Ausgestaltung und der konkrete Mehrwert unserer Frankreichstrategie, die wir konsequent fortführen, verbreitern und mit eigenen Mitteln ausstatten werden.

Für uns sind akademische und Berufsausbildung gleichwertig. Deshalb werden wir mit dem Ausbau der bestehenden Stipendiensysteme und des Meister-BAföG und mit der Einführung einer speziellen Zuschussregelung unter dem Stichwort „Meisterbonus“ die Attraktivität der dualen Berufsausbildung steigern.

Und schließlich werden wir daran arbeiten, dass grenzüberschreitende Berufsausbildungen verstärkt nachgefragt werden. Mit dem „Abkommen über die grenzüberschreitende Berufsausbildung Saarland-Lothringen“ und mit der „Rahmenvereinbarung zur grenzüberschreitenden Berufsbildung in der Großregion“ haben wir die rechtlichen Voraussetzungen hierfür geschaffen. In den kommenden Jahren müssen wir noch mehr dafür sorgen, dass hier endlich auch Fleisch an die Knochen kommt. Deutsche und französische Unternehmen wie Globus, Michelin, Hager, Smart, Alléo, Möbel Martin oder die SaarLB sind hier schon seit mehreren Jahren aktiv.

Mia ihrerseits will Informatik studieren. Ihr Hauptinteresse lag eher auf dem mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig. Und mit Informatik und ihren Sprachkenntnissen, so ihre Hoffnung, müsste ihr die Welt offen stehen. Sie entscheidet sich für ein Studium in Saarbrücken – nicht wegen der begrenzten finanziellen Möglichkeiten ihrer Eltern, sondern wegen des guten Rufes der dortigen Informatik und des internationalen Klimas mit den zahlreichen ausländischen Lehrkräften und Wissenschaftlern.

Uns ist bewusst, dass wir in den vergangenen Jahren unsere Hochschulen zu einem harten Sparkurs verpflichtet haben. Ich habe daraus nie einen Hehl gemacht. Umso mehr danke ich ihnen für ihre außerordentlichen und – wie man sagen darf – auch erfolgreichen Anstrengungen im Bereich der Forschung und Lehre. Gerade erhielt die Universität des Saarlandes vom internationalen Hochschulranking „U-Multirank“ Bestnoten in den Bereichen Drittmittelstärke in der Forschung, wissenschaftliche Publikationen, Internationalität und Firmengründungen im Uni-Umfeld. Auch die htw saar konnte in den Bereichen Lehre, Internationalisierung sowie in den Katego-

rien Forschung, regionales Engagement und Drittmitteleinnahmen bei „U-Multirank“ punkten. Sie belegte zudem einen Spitzenplatz bei den Spin-Offs und Gründungen.

Wir wissen, was wir an unseren Hochschulen haben. Wir wissen um die essentielle Bedeutung von Wissenschaft, Forschung und Lehre in unserem Land. Wir wissen, dass, wenn es um die Zukunft unseres Landes geht, unsere Hochschulen immer an erster Stelle rangieren müssen.

Aus diesem Grund werden wir ab dem Jahr 2020 den Etat für unsere Hochschulen um 15 Millionen Euro im Jahr erhöhen, eine Summe, die in den Folgejahren weiter dynamisch steigen wird. Der Hochschuletat macht gemeinsam mit der Senkung der Kitabeträge den größten Finanzblock in unserem Koalitionsvertrag aus. Daran sehen Sie, wie wichtig für uns diese Investitionen sind. Darüber hinaus werden wir den Sanierungsstau an den Hochschulen systematisch und schrittweise abbauen und hierfür Campusentwicklungsplanungen für die Standorte Saarbrücken und Homburg der Universität des Saarlandes sowie Alt-Saarbrücken der htw saar in Auftrag geben.

Mia und Luca haben ihre Ausbildung abgeschlossen. Luca hat nach seiner Meisterprüfung als Mechatroniker ein Bachelorstudium in Systems Engineering an der Universität des Saarlandes und am Institut National Polytechnique de Lorraine in Nancy absolviert. Er hat danach, zunächst als Spin Off im Science Park der Uni, mit einem französischen Studienkollegen ein Dienstleistungsunternehmen im Bereich der Automatisierungstechnik gegründet, das vor allem in Ostfrankreich und Südwestdeutschland 3D-Druck-Anlagen implementiert, repariert und wartet. Ohne seine in der Meisterausbildung angeeigneten kaufmännischen und praktischen Grundkenntnisse hätte er diesen Schritt in die Selbständigkeit niemals gewagt.

Mia hat einen hervorragenden Abschluss in Informatik gemacht und anschließend am Helmholtz-Zentrum für IT-Sicherheit in Kooperation mit der Universität des Saarlandes promoviert. Finanziert wurde die Promotion von einem IT-Sicherheitsunternehmen, das sich im Umfeld des Helmholtz-Zentrums angesiedelt hat und zu dessen Kunden Big Player wie Google oder Amazon gehören. Im Anschluss an die Promotion hat sie dort auch eine feste Anstellung gefunden und betreut Kunden vor allem im lateinamerikanischen Raum. Ihre in der Schule erworbenen Spanischkenntnisse haben sie hierfür geradezu prädestiniert.

## 6.

Sie sehen, so könnte der Weg von Mia und Luca aussehen in einer Region, die auch in Zukunft die erfolgreiche und moderne Industrieregion im Herzen Europas sein soll. Wir als Landesregierung bekennen uns voll und ganz zum Industriestandort Saar. Das gilt in besonderem Maße für unsere Stahlindustrie, die wir mit ganzer Kraft unterstützen und gegen überzogene Umweltauflagen ebenso schützen werden wie gegen die Dumpingkonkurrenz aus anderen Weltregionen.

Um als Industriestandort auch in Zukunft erfolgreich zu sein, werden wir für die mittels der Studie „Saarlands Wirtschaft 2030“ in enger Abstimmung mit der „Strategie für Innovation und Technologie Saarland“ identifizierten Schlüsselbranchen und Wachstumsmärkte ein kohärentes zukunftsorientiertes Standortkonzept entwickeln. Auf dieser Grundlage werden wir verstärkt um Ansiedlungen werben, Unternehmensgründungen sowie Betriebsübernahmen durch saarländische Firmen fördern.

Unser besonderer Fokus wird jedoch auf der Gestaltung des digitalen Wandels liegen. Wenige Regionen in Deutschland verfügen über eine Forschungsexzellenz im Bereich IT wie das Saarland. Unser DFKI und die beiden Max-Planck-Institute für Informatik sowie Softwaresysteme bewegen sich ganz vorne in der Weltspitze. Mit dem CISPA, dem Helmholtz-Zentrum, werden wir zu einem Player auf der Weltkarte der IT-Sicherheit. Dass dieses Thema immer wichtiger wird, haben wir kürzlich bei dem Hackerangriff mit der Erpressersoftware „WannaCry“ gesehen.

Folglich sind wir geradezu prädestiniert, den Wandel 4.0 mitanzuführen. Das gilt insbesondere für den gesamten Komplex der E-Mobilität und des autonomen Fahrens. Hierzu werden wir alle Kompetenzen im Saarland fokussieren und optimal vernetzen.

Pilotprojekte wie das Testfeld Merzig und das Digitale Testfeld Deutschland-Frankreich werden wir weiter aktiv fördern. Im Dialog mit den Akteuren in Wirtschaft und Forschung werden wir insbesondere die mittelständischen Unternehmen bei der Digitalisierung unterstützen und vor allem auf diesem Feld für einen pulsierenden Technologietransfer sorgen. Hierzu dient auch die „Netzwerkstelle Digitalisierung in der Wirtschaft“.

Gleichzeitig wird die „Offensive Mittelstand 4.0“ im Wirtschaftsministerium das Kompetenzzentrum „Power4Production“ am Zentrum für Mechatronik und Automatisierungstechnik (ZeMA) weiterentwickeln sowie eine Digitalisierungsakademie für kleine und mittlere Unternehmen gründen. Flankiert wird all das von einem forcierten Breitbandausbau. Bis 2018 werden die Deutsche Telekom, Innexio und VSE-Net insgesamt 50 Millionen Euro investieren, um die unterversorgten Gebiete mit Glasfasernetzen auszustatten und so flächendeckend eine Internetgeschwindigkeit von mindestens 50 Megabit pro Sekunde sicherzustellen. Unser mittelfristiges Ziel ist dann der möglichst flächendeckende Zugang zu Gigabit-Netzen, die Download- und Upload-Geschwindigkeiten von 1.000 Megabits pro Sekunde bereitstellen. In einem ersten Schritt werden wir hierbei zunächst die besonderen Bedarfe von Unternehmen berücksichtigen und das Breitbandförderprogramm des Bundes für Gewerbegebiete mit Landesmitteln aufstocken.

Dass dazu alle Anstrengungen für die klassischen Rahmenbedingungen wie ausreichend Gewerbe-Ansiedlungsflächen, attraktive und verlässliche Verkehrsverbindungen und ein gekonntes Standortmarketing kommen müssen, versteht sich von selbst.

## **7.**

Eine solche, gut aufgestellte Wirtschaft wird gute Arbeitsplätze bieten können. Vor allem durch eine erfolgreiche Sozialpartnerschaft und durch gesetzgeberisches Handeln. So haben wir den Mindestlohn eingeführt, dessen Weiterentwicklung wir im Sinne einer Verbesserung des Status Quo auf Bundesebene mittragen werden. So werden wir das Tariftreuegesetz dahingehend fortschreiben, dass die Höhe des vergabespezifischen Mindestlohns an den Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz gekoppelt und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die Einhaltung eines repräsentativen Tarifvertrages zur Bedingung gemacht wird. Und wir werden uns im Sinne der Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern für gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit einsetzen. Dies, indem wir im Öffentlichen Dienst und in den Unternehmen mit mehrheitlicher Landesbeteiligung den Entgelt-Check verpflichtend einführen.

Wir sehen uns aber auch in der Verpflichtung für die, die keinen Anteil am Erwerbsprozess haben. Zuvorderst sehen wir hier die Langzeitarbeitslosen, deren Zahl wir

durch das erfolgreiche Landesprogramm „Arbeit für das Saarland“ (ASaar) als Ergänzung zu den gesetzlichen Fördermöglichkeiten weiter reduzieren werden. Mit der Neuaufstellung von ASaar wollen wir die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung degressiv fördern und die Beschäftigten mit ihren Familien durch Job-Coaching und individuelle Beratung bestmöglich unterstützen. Gleichzeitig beabsichtigen wir, mit dem saarländischen Beschäftigungs-PAkT das Saarland zu einer Modellregion für den Passiv-Aktiv-Transfer zu machen.

Um die Armutsgefährdung dieser und anderer Personengruppen zu mildern, werden wir zudem auf der Basis unserer Sozialberichterstattung unter Beteiligung der Mitglieder des „Beirats zur Erstellung der Sozialstudie“ einen „Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut“ entwickeln. Darin werden wir mit einer ressortübergreifenden Strategie bestehende Maßnahmen evaluieren, neue Handlungsbedarfe eruieren und konkrete Verantwortlichkeiten, einen Zeitplan und Zielvereinbarungen festlegen.

Mia und Luca wollen aber nicht nur in einem Land mit guter Wirtschaftsperspektive leben. Für sie wie für uns ist das Saarland mehr, ist das Saarland emotionale Heimat, in der sie sich wohlfühlen und ihrerseits Familie gründen wollen.

Einen ganz wesentlichen Anteil daran haben unsere Kommunen. Deshalb müssen wir unsere Kommunen auf Dauer handlungsfähig machen. Neben der konsequenten Umsetzung des Kommunalpaktes zwischen der Landesregierung und den Kommunen sehen wir uns in der Pflicht, den Kommunen durch geeignete weitere Maßnahmen Hilfestellung zu leisten. So werden wir die Kommunen an der Entlastung des Saarlandes infolge des neuen Bund-Länder-Finanzausgleichs fair und angemessen beteiligen. Die Projekte im Zusammenhang mit der „Investitionsoffensive Saar“ werden wir auch den kommunalen Infrastrukturen zugutekommen lassen. Gleiches gilt für die Bundesfinanzhilfen zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur, die wir eins zu eins an die Kommunen weitergeben werden – dies, um nur einige wichtige Maßnahmen zu nennen.

Im Gegenzug erwarten wir von den Kommunen den verstärkten Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit. In diesem Zusammenhang wird das Innenministerium binnen eines Jahres unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände einen Katalog möglicher Kooperationsfelder erarbeiten und Vorgaben zur Zusammenarbeit machen. Dabei wird die Kommunalaufsicht ermächtigt, anhand der Erhebung

von Kennzahlen die Effizienz des Verwaltungshandelns einzelner Kommunen offen zu legen, mit anderen zu vergleichen und gegebenenfalls steuernd einzugreifen. An unserem Wunsch nach kommunalen Zusammenschlüssen auf freiwilliger Basis und nach entsprechenden Bürgerentscheiden halten wir ebenso fest wie an unserem Angebot, hierfür auch finanzielle Unterstützungen zu gewähren.

Innerhalb der nächsten drei bis vier Jahre werden wir die Bemühungen der Kommunen auf ihre Erfolge hin anhand der Kennzahlen evaluieren. Sollten diese unbefriedigend sein, schließen wir als *ultima ratio* eine Gebietsreform nicht aus. Darüber wird zwar erst in der nächsten Legislaturperiode entschieden werden. Wir werden aber schon in dieser Legislaturperiode die rechtlichen Grundlagen schaffen, und zwar so, dass wir bei anstehenden Wahlen und Besetzungen die Entstehung von Vertrauensschutztatbeständen ausschließen können.

## **8.**

Meine Damen und Herren, zu einem funktionierenden Staat und einem demokratischen Gemeinwesen gehört ein Maß an Innerer und Rechtssicherheit, welches das vertrauens- und friedvolle Zusammenleben der Menschen gewährleistet. Wir erleben es derzeit, dass der Glaube der Menschen, bestmöglich vor Kriminalität und Gewalt geschützt zu sein, durchaus erschüttert ist.

Unsere vermehrten Bemühungen um die Innere Sicherheit – ich nenne etwa die Maßnahmen zur Stärkung der Polizei in der Fläche oder den Einsatz von speziellen Ermittlungsgruppen – haben im vergangenen Jahr bereits Früchte getragen. So konnte laut polizeilicher Kriminalstatistik die Zahl der Wohnungseinbrüche ebenso wie die der Straftaten gegen das Leben und die der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung signifikant zurückgeführt werden.

Trotz dieser für das Jahr 2016 durchaus positiven Bilanz müssen wir noch besser werden, wollen wir das Vertrauen der Menschen in die Schutzfunktion des Staates nicht verlieren. Aus diesem Grund werden wir die Polizei weiter personell verstärken. Die Einstellungszahl der Kommissaranwärterinnen und -anwärter werden wir so gestalten, dass unter Berücksichtigung des Abbaupfades und der absehbaren Ruhestandsversetzungen sowie sonstiger Abgänge und Ausfälle der Personalbestand ab dem Jahre 2021 stabil gehalten wird. Das System der Assistenzkräfte, also den polizeilichen Ordnungsdienst und die Ermittlungshelferinnen und -helfer, wer-



den wir im Rahmen der Tarifbeschäftigung beibehalten und die Zeitverträge in unbefristete Beschäftigungen überführen. Dadurch können wir auch in Zukunft eine ausreichende Polizeipräsenz in der Fläche nach dem Grundsatz „In jeder Kommune ein Polizeistandort“ gewährleisten.

Analog zur Personalentwicklung bei der Polizei werden wir auch im Justizdienst den geplanten Stellenabbaupfad einer kritischen Überprüfung unterziehen und dort, wo es sich als erforderlich erweist, hiervon abweichen.

Verbessern werden wir auch die Ausstattung der Polizei im Bereich der Schutzausstattung, der Mobilität und der Informationstechnik. Gleichzeitig werden wir eine Reihe von rechtlichen Änderungen vornehmen, die den verstärkten Einsatz der elektronischen Fußfessel, der Bodycams, der Videoüberwachung und der automatischen Kennzeichenerfassung ermöglichen. Wir sind uns bewusst, dass diese Maßnahmen immer mit den zentralen Persönlichkeits- und Freiheitsrechten abgewogen werden müssen. Und nichts würden wir uns mehr wünschen als einen Zustand, der all diese Maßnahmen überflüssig macht. Allein die islamistischen Terroranschläge bei uns und in unseren Nachbarländern ebenso wie die gestiegene Gewaltneigung im Bereich der politischen Straftaten zwingen uns hierzu. Der Staat hat nun einmal die Aufgabe – und dies gehört zu seinen primären Obliegenheiten –, die öffentliche Ordnung aufrechtzuhalten, den öffentlichen Frieden zu garantieren und die Menschen vor Straftaten zu schützen.

## **9.**

Mit Heimat verbinden die Menschen, verbinden Mia und Luca, den Wunsch nach einer intakten Natur, die sie für ihre Kinder bewahren und weitergeben. Nach Strukturen, die ihnen in jeder Lebensphase die bestmögliche Versorgung bieten.

Dafür werden wir im Rahmen unserer Nachhaltigkeitsstrategie im Landtag eine Enquete-Kommission Nachhaltigkeit einrichten, um die Herausforderungen für die saarländische Umweltpolitik im Wandel der Zeit zu definieren und daraus entsprechende Handlungsziele abzuleiten. Nach dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“ werden wir uns nach wie vor für die Abschaltung des Kernkraftwerks Cattenom einsetzen.

Ungeachtet dessen brauchen wir aber auf jeden Fall eine erfolgreiche Energiewende. Diese gelingt nur, wenn wir sparsamer mit Energie umgehen, Energie effizienter einsetzen und umwandeln und Erneuerbare Energien immer stärker nutzen. Auf diesen Dreiklang aus Energiesparen, Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien setzt die Landesregierung.

Bisher haben wir uns dabei sehr stark auf den Strombereich konzentriert. Doch die Musik spielt genauso im Bereich Wärme wie im Bereich Mobilität. Diese drei Sektoren müssen wir miteinander koppeln.

Als starker Informatikstandort haben wir die besten Voraussetzungen, um hier ganz vorne mitzuspielen. Es ist ein gutes Signal für unser Land, dass die VSE als großer saarländischer Energieversorger in Ensdorf ein Vorhaben realisiert, um diese Sektorkopplung modellhaft umzusetzen.

Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende sind jedoch nicht nur Bits und Bytes, sondern auch eine breite Grundakzeptanz in der Bevölkerung. Dafür möchten wir noch stärker als bisher werben. Deshalb werden wir beim Ausbau der Erneuerbaren Energien frühzeitig in den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Städten und Gemeinden und den Verbänden treten und mehr Transparenz schaffen. Gerade bei Windparks gilt es, die davon betroffenen Bürgerinnen und Bürger über das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren hinaus von vornherein in die Planungen einzubinden. Wir wollen außerdem, dass die Bürgerinnen und Bürger an der Rendite der Energiewende beteiligt werden. Deshalb unterstützen wir Bürgerenergiegenossenschaften ebenso wie Mieterstrommodelle.

Das Land hat in den vergangenen Jahren Flächen im Staatswald bereit gestellt, um die Windkraft auszubauen und unser Ziel zu erreichen, bis 2020 jede fünfte im Land verbrauchte Kilowattstunde Strom aus Erneuerbaren Energien zu erzeugen. Dies hat teilweise zu heftigen Protesten geführt, insbesondere dort, wo Windräder in Laubwäldern errichtet wurden. Hier werden wir nachsteuern und das Landeswaldgesetz ändern, um einen vernünftigen Ausgleich zwischen der Schutzwürdigkeit von historisch gewachsenen, alten Waldstandorten mit den Zielen der Energiewende hinzubekommen. Über die vertraglich bereits gebundenen Flächen hinaus hat der SaarForst Landesbetrieb seit Beginn dieses Jahres keine neuen Flächen mehr verpachtet und wird auch keine weiteren Flächen zur Verfügung stellen.

Wir werden uns bei der Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik streng am Leitbild einer nachhaltigen Landwirtschaft orientieren und bis zum Jahr 2022 so 25 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in ökologischer und nachhaltiger Bewirtschaftung anstreben.

Die Sicherung des Trinkwassers, der Böden und der Nahrungskette vor schädlichen Einflüssen, wie z.B. PCB und anderen schädlichen Stoffen, wird auch in Zukunft oberste Priorität haben und durch die Fortsetzung der bisherigen guten Arbeit der zuständigen Landesbehörden sichergestellt werden. Bei den Genehmigungsverfahren im Bereich des Nachbergbaus wird es auch weiterhin keine Genehmigungen ohne einen sicher zu gewährleistenden Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, vor allem des Trinkwassers, geben. So dürfen Veränderungen bei der Grubenwasserhaltung der RAG AG nur genehmigt werden, wenn Gefahren für Mensch und Umwelt und insbesondere das Schutzgut „Wasser“ ausgeschlossen werden können.

Wir streben eine Gesellschaft an, in der Gesundheitsbewusstsein und Respekt vor der Umwelt und unseren natürlichen Ressourcen großgeschrieben wird. Darum werden wir überprüfen, ob die vorhandenen ordnungsrechtlichen Bestimmungen zur Eindämmung unserer Wegwerfkultur ausreichen, und wir erwägen eine Bundesratsinitiative, um die verpflichtende Angabe des Mindesthaltbarkeitsdatums einzuschränken. Einrichtungen im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung werden wir ebenso unvermindert unterstützen wie die Großschutzgebiete Nationalpark Hunsrück-Hochwald, Biosphärenreservat Bliesgau, Naturpark Saar-Hunsrück und LIK Nord. Um gerade den Jungen Menschen den Wert regional angebauter gesunder Lebensmittel nahezubringen, werden wir das EU-Schulobstprogramm weiterführen und den Wegfall von EU- und Bundesmitteln durch Landesmittel kompensieren.

Ebenso werden wir den Verbraucherschutz stärken, indem wir die Verbraucherzentrale auch in Zukunft finanziell fördern, um den Zugang zu qualitätsgesicherten und unabhängigen Informationen sicherzustellen. Die Erarbeitung eines Verbraucherschutzgesetzes werden wir prüfen und den kollektiven Rechtsschutz im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher verbessern.

Schließlich werden wir für ein modernes und bedarfsgerechtes Gesundheits- und Pflegesystem sorgen. Bei den Krankenhäusern werden wir die trägerübergreifende Zusammenarbeit und sektorenübergreifende Versorgung stärken und den Abbau

von Doppelstrukturen sowie die Neuausrichtung beziehungsweise Spezialisierung vorantreiben. Wir werden Qualitätsindikatoren und auf Gutachterbasis stationsbezogene Personalmindestzahlen im Rahmen der Krankenhausplanung aufstellen. Die Investitionsmittel von aktuell jährlich 28,5 Millionen Euro werden wir bis zum Jahr 2022 um bis zu 10 Millionen Euro jährlich erhöhen. Zudem werden wir einen eigenen Krankenhausstrukturfonds in Höhe von 20 Millionen Euro auflegen, um vorrangig solche Investitionen zu fördern, die die genannten qualitativen Versorgungsziele anstreben.

## **10.**

Mia und Luca werden auch den kulturellen Reichtum in unserem Land und das Miteinander der Menschen genießen können. Wir sichern unsere kulturellen Leuchttürme und stehen zu unserer Verantwortung für die kulturellen Einrichtungen. Das Saarländische Staatstheater bleibt als Drei-Sparten-Haus auf hohem künstlerischem Niveau erhalten und wird an der allgemeinen Entwicklung des Haushaltes ab 2020 teilhaben. Auch die Hochschule für Musik Saar und die Hochschule der Bildenden Künste Saar erhalten für die nächsten Jahre Planungssicherheit. Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen werden in dem erforderlichen und leistbaren Maße fortgeführt.

Die Museen des Landes müssen für die Zukunft gut aufgestellt werden, indem wir auch in den kommenden Jahren für ihre Instandhaltung und Instandsetzung Mittel bereitstellen. Gleichzeitig werden wir die Breitenkultur ungeschmälert weiter fördern und eng mit ihren Dachorganisationen wie dem Landesmusikrat oder der Landesakademie für musisch-kulturelle Bildung zusammenarbeiten.

Das Ehrenamt als Kernelement der Breitenkultur wie auch des Saarsports, als Triebfeder des gesellschaftlichen Miteinanders in Stadt und Land, als Grundpfeiler des Natur- und Umweltschutzes, als unverzichtbarer Faktor bei den Feuerwehren und Hilfsdiensten und als greifbarer Ausdruck zivilgesellschaftlicher Teilhabe wird nach wie vor unsere hohe Wertschätzung genießen. Deshalb setzen wir uns weiter für die landesweite Einführung der Ehrenamtskarte ein. Auch soll bei den Steuerfreibeträgen nicht mehr zwischen verschiedenen ehrenamtlichen Tätigkeiten unterschieden werden ebenso wie die Anrechnung von Aufwandsentschädigungen auf Sozialleistungen abgeschafft werden muss.

## 11.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, so könnte das Saarland in Zukunft aussehen. So könnte der Lebensweg von Mia und Luca verlaufen.

Wahrscheinlich werden einige von Ihnen sagen, das ist alles zu optimistisch. Und in der Tat, niemand kann unserem fiktiven Geschwisterpaar diese Erfolge garantieren. Ebenso wenig, wie den wirklich hier Geborenen und Lebenden.

Aber was wir tun können, ist, die Grundlagen, die Voraussetzungen zu schaffen, die man für solche Lebenswege braucht. Das können wir, und wir haben in der Vergangenheit in diesem Sinne gearbeitet und ja auch schon vieles erreicht.

Die entscheidende Frage für die nächsten Jahre hat schon der antike griechische Historiker Thukydides gestellt:

„Sich ausruhen oder frei sein?“

Ja, wir könnten uns ausruhen. Ausruhen auf den Erfolgen beim Strukturwandel, bei der Gesundung unserer Haushalte, bei der Weiterentwicklung unseres Landes. Wir könnten die Augen verschließen vor den Herausforderungen der Zukunft, dem demografischen Wandel, der Digitalisierung, den Widrigkeiten der Welt.

Dann aber würden wir auf Dauer nicht frei sein. Wir würden zu Gefangenen, ja zu Getriebenen der Entwicklungen werden.

Wir indes wollen selbst gestalten und eine gute Zukunft für dieses Land und seine Menschen schaffen. Deswegen wird sich diese Landesregierung nicht ausruhen. Sie wird die nächsten Jahre gemäß dem Auftrag der Wählerinnen und Wähler mit aller Kraft dafür arbeiten, dass alle Saarländerinnen und Saarländer in einem Land leben können, wie wir es uns für Mia und Luca wünschen und erhoffen.